

Frauenfeld, 23. Januar 2017

## Medienmitteilung der FDP-Fraktion zu den Regierungsrichtlinien 2016 - 2020

Der Regierung ist es unter der Leitung der Staatskanzlei einmal mehr sehr gut gelungen, die wichtigsten Ziele ihrer Arbeit transparent und einfach zu dokumentieren. Die zusammengefassten Zahlen und Fakten geben zum Einstieg einen guten Überblick. Vier klare, nachvollziehbare Schwerpunkte helfen die Ziele der Departemente zu strukturieren und machen die Richtlinien damit zu einem aussagkräftigen Arbeitspapier für alle. Die Fraktion der FDP.Die Liberalen dankt Regierung und Verwaltung für die hervorragende, die transparente Arbeitsweise und den klar erkennbaren Willen, ihre Arbeit trotz den Unwägbarkeiten des politischen Geschäfts möglichst zielgerichtet und strukturiert durchzuführen.

Die Kurzversion zeigt, dass der Regierungsrat die Richtlinien als Führungsinstrument versteht, das auch im praktischen Alltag, wo man keine grossen Bücher rumträgt, ernsthaft zur Anwendung kommen soll. Der Rückblick zeigt auf, dass viele wichtige Ziele erreicht werden konnten, dazu gratulieren FDP.Die Liberalen. Es ist selbstverständlich, dass dies nicht in allen Bereichen gelingen kann, wichtig ist die Transparenz.

Die Kunst, viel und dichten Inhalt in gekürzter Form konkret und glaubhaft festzuhalten, ist nicht allen Departementen gleich gut gelungen. Das DBU hat diese Aufgabe am besten gelöst. Andere Departemente und Bereiche bleiben teils zu vage, Ziele erscheinen wie Absichtserklärungen, Massnahmen sind nicht verbindlich formuliert. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf, wenn das Instrument operativ wie politisch Kraft entwickeln soll.

Das DIV zeichnet sich durch konkrete Massnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs und Energie aus. Besonders begrüsst wird die Förderung der Wirtschaft in allen Regionen in Koordination mit dem Bund. Die FDP unterstützt insbesondere die Bestrebungen von Staatskanzlei und des DIV, das e-Gouvernement zu fördern. Dabei ist e-Voting sicher nicht prioritär, sondern die Dienstleistungen für Ämter und Bevölkerung auf elektronischer Basis anzubieten. Hier ist im Kanton Thurgau noch viel Handlungsbedarf, was zu Effizienzsteigerung beitragen sollte.

Das DBU nimmt seine schwierige Aufgabe, die Siedlungsentwicklung zu steuern, mit Massnahmen, Leitfäden und Dialog wahr. Die Raumplanung betrifft viele Bürger und unterschiedlichste Kreise sehr unmittelbar, wir diskutieren kontrovers, das DBU lässt sich darauf ein und hält dabei Kurs. Es gilt dran zu bleiben, sei es mit den Vorbereitungsarbeiten zur BTS oder mit dem Leitfaden für „Gutes Bauen“. Beim DJS spürt man den Willen, den Bevölkerungsschutz auch unter stark veränderter Ausgangslage auf höchstem Niveau sicherzustellen. Die Anstrengungen für eine zielgerichtete, praxisnahe Ausbildung für Einsatzkräfte und Behörden seien hier besonders erwähnt. Es bleibt abzuwarten, wie die Reorganisation des Zivilschutzes gelingen wird, die ersten Fortschritte sind vielversprechend.

Das DEK wird nun wohl vor allem mit dem neuen Lehrplan beschäftigt sein, für dessen Einführung es nun ja auch ein klares Volksverdikt im Rücken weiss. Trotzdem vergisst es nicht all die anderen wichtigen Bereiche im sehr breit gefächerten Departement. Wir danken für diese umsichtige Planung und vor allem auch das betonte Fördern von einem guten Kultur-, Freizeit- und Sportangebots als Beitrag zur hohen Lebensqualität in unserem Kanton.

Die Finanzen im Griff zu behalten ist sehr anspruchsvoll und klar interdisziplinär anzugehen. Das DFS kann hier eine Führungs- und Koordinationsrolle einnehmen. Die Richtlinien des DFS zeigen diesen Aspekt nicht oder nur ungenügend auf. Es gilt, die gewaltigen Kostensteigerungen beim ÖV oder den Sozialausgaben integral zu verstehend und zu handhaben und die Auswirkung für die Kommunen verkraftbar zu gestalten. Speziell DIV und DFS sollten diese Fragen gemeinsam und interdisziplinär angehen. Auch die Bestrebungen zur Entlastung und Sanierung der IV ist begrüssenswert, das DFS macht aber keine Aussagen wie die dadurch stark wachsenden Kosten im Sozialbereich abgedeckt werden könnten.

David H. Bon, Kantonsrat FDP, Romanshorn